Interrogation # 1570

ZS-717-1

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1948/56

Vernehmung des Friedrich GRAESCH
am 15. Juli 1947, von 11.30 - 12.00
durch Dr. Werner LESSLER
Stenographin Mrs. Portsky.

1. Fr. Sie sind Friedrich GRAESCH ?

A. Ja.

2. Fr. Geboren am 23. Oktober 1894 ?

A. Ja.

3. Fr. Sie sind schon mal vereidigt worden hier ?

A. Nein.

4. Fr. Moechten Sie bitte nachsprechen :

Ich schwoere bei Gott dem Allmaechtigen, dass ich die reine Wahrheit sagen werde, nichts hinweglassen und hinzufuegen werde, so wahr mir Gott helfe.

5. Fr. Als Ministerialrat und spaeter Ministerialdirigent im Preuss. Staatsministerium, worin bestand Ihre Aufgabe seit 1933 ?

A. Im wesentlichen Reichsreform und Verwaltungsfragen. Ich bin auf diesem Gebiet Spezialist gewesen und wurde 1933 als Landrat abgerufen und kam ins Preuss. Staatsministerium.

6. Fr. Von wem wurden Sie gerufen ?

A. Von dem Ministerpraesident Hermann GOERING.

7. Fr. Waren Sie schon vor 1933 Parteimitglied ?

A. Nein, auch nach 1933 nicht.

8. Fr. Sie sind nie Mitglied der Partei gewesen ?

A. Nein.

9. Fr. Was besassen Sie fuer Mitgliedschaften ?

A. Stahlhelm 1932, dann Ueberfuehrung zur SA-R.serve und bin 1937 oder 1938 ausgetreten.

10. Fr. Haben Sie irgend einen Rang gehabt ?

A. Doch, Rottenfuehrer.

00001

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-717-2

11. Fr. Im Rahmen des Ministeriums, in welchem Verhaeltnis standen Sie zu GOERING ?

A. Ich war Referent in seinem Ministerium.

12. Fr. Ihr unmittelbarer Vorgesetzter war wer ?

A. Damaliger Ministerialdirektor BRUMAER, darüber dann Staatssekretaer KOERNER, darüber dann Ministerpraesident Hermann GOERING.

13. Fr. Womit haben Sie sich im einzelnen seit 1933 programmaessig befasset ? 1936 kam der Vierjahresplan, was war zwischendurch ?

A. Zwischendurch Reichs- und Verwaltungsreform, Gemeindeordnung, Gemeindefinanzgesetz und Verfassungsreform (neue Einteilung des Reichs in geografischer Beziehung und Neuverteilung der Zustaendigkeiten zwischen Reich und Laendern.) Aber die Arbeit hatte keinen Erfolg, weil HITLER eine schriftlich fixierte systematische Reichsreform durchaus nicht wollte und dann im Jahre 1935 war das ungefaehr klar und dann war relativ von Mitte 1935 ab auf diesem Gebiet wenig zu tun.

14. Fr. Wann wurde der Vierjahresplan ins Leben gerufen ?

A. Im Herbst 1936.

15. Fr. Durch wem wurde er ins Leben gerufen ?

A. Durch HITLER, hier auf dem Parteitag.

16. Fr. Haben Sie vorher, vor der Verkuendigung etwas ueber den Vierjahresplan gehoert ?

A. Nein, dass er diese Form bekommen wuerde nicht. Bis Ende 1935 habe ich mich nur mit Fragen der Staatsverwaltung und Organisation beschaeftigt. Ende 1935 kam die erste wirtschaftspolitische Aufgabe an GOERING hin. Damals entstand ein Streit zwischen DARRE und SCHACHT ueber die Bereitstellung von Devisen fuer Nahrungsmitteleinfuhren. Beide konnten sich nicht einigen, SCHACHT lehnte die Devisen-Hergabe mit der Begruendung ab, dass DARRE eine vernuenftige Landwirtschaftspolitik treiben sollte, dann wuerde es auch so gehen. HITLER uebertrug die Untersuchung und Entscheidung der Angelegenheit an GOERING, und so kamen wir im Ministerium dazu, diese Fragen zu untersuchen. Das Ergebnis war eine Entscheidung von GOERING, dass die Devisen bereitzustellen seien und eine Ermahnung an DARRE, seine Landwirtschaftspolitik im Sinne einer Verringerung der Einfuhrnotwendigkei-

00002

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-3

ten einzurichten. Wir haben dann in unserem Ministerium die Entwicklung dieser Ernaehrungsfragen laufend weiter verfolgt, weil man nicht wusste, ob nicht spaeter wieder solche akuten Schwierigkeiten auftreten werden. Im Fruehjahr 1936 entstand, wohl im Rahmen der Luftwaffe, Sorge ueber die Treibstofflage und GOERING wurde von HITLER beauftragt diese Angelegenheit zu regeln. Ich nehme an, dass HITLER von seinem Wirtschaftsberater KEPPLER, der mit seinem Stabe der Hauptprepagandist fuer Verstaerkung der Selbstversorgungsmoeglichkeiten war, in dieser Richtung hin beeinflusst war.

Wir haben in unserem Ministerium diese Dinge erst spaeter und gelegentlich gehoert, als ein uns damals noch unbekannter Major oder Oberstleutnant LOEB, aus dem Generalstab der Luftwaffe, im Fruehsommer 1936 erschien und mitteilte, dass er den Auftrag erhalten hat, binnen 12 Monaten die gesamte Mineraloeleinfuhr, ueberfluessig zu machen. Er teilte uns gleichzeitig mit, dass er von GOERING zum Leiter eines "Rohstoffs- und Devisenstabes" ernannt sei.

Er stellte sich in dieser Eigenschaft bei uns im Hause vor und ich erlebte seinen Antrittsbesuch bei dem Ministerialdirektor NEUMANN. Wir haben ueber die Plaene von Herrn LOEB damals gelacht, weil sie uns zu fantastisch vorkamen.

Immerhin bekamen wir bald darauf den Auftrag, die Devisenlage genau zu untersuchen.

17. Fr. Diesen Auftrag bekamen Sie von GOERING?

A. Ja, ueber den Staatssekretaer.

18. Fr. Wem war LOEB verantwortlich, GOERING ?

A. Ja. -

Und wir haben in den Sommermonaten 1936 sehr eingehende Untersuchungen ueber die Einfuhrabhaengigkeit und den Devisenbedarf fuer die Zukunft angestellt.

Dabei ergab sich zu unserer grossen Ueberraschung, dass eine solche zusammenfassende Uebersicht im Wirtschaftsministerium noch garnicht vorhanden war, weil die "Reichsstellen", die fuer die einzelnen Sektoren der gewerblichen Wirtschaft und der Ernaehrungswirtschaft eingerichtet waren und Ein- und Ausfuhr zu steuern hatten (nach dem neuen Plan von SCHACHT,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-4

der, glaube ich, im Jahre 1932 eingefuehrt war) im wesentlichen nur mit den Fachreferaten des Wirtschaftsministeriums zusammenarbeiteten und diese die notwendig erscheinenden Devisen fuer die Einfuhr in der sogen. Devisenzuteilungskommission anforderten ohne, dass vorher eine Abgleichung im grossen vorgenommen war. Aus diesen Arbeiten entwickelte sich eine "Devisenbilanz" die fuer das zweite Halbjahr 1936 mit einem erheblichen Fehlbetrage abschloss. Das Ergebnis wurde GOERING und den beteiligten Ministerien vorgelegt. Es war klar, dass zur Erzielung des Ausgleiches einschneidende Massnahmen erforderlich waren.

Auf dem Parteitag 1936 verkuendete HITLER den Vierjahresplan, in dem er der deutschen Wirtschaftspolitik die Aufgabe stellte, innerhalb von 4 Jahren, die Auslandsabhaengigkeit entscheidend zu verringern oder zu beseitigen und am 18. Oktober 1936 erging die Verordnung ueber die Durchfuehrung des Vierjahresplanes, durch die GOERING die umfassendste Vollmacht fuer die Durchfuehrung der Aufgabe erhielt.

Es ergab sich von selbst, dass das Preuss. Staatsministerium, als das Buero von GOERING, diese Angelegenheit ressortmaessig in die Hand nahm.

Zur Durchfuehrung der Aufgaben arbeiteten wir einen Organisationserlass aus, der nach Besprechung mit den beteiligten Ministerien, ich glaube Anfang November 1936, von GOERING gezeichnet wurde. Wir strebten mit diesem Plan an, die Exekutive absolut in der Hand der zustaendigen Ministerien zu belassen und die Behoerde des Vierjahresplanes auf die reine Koordinierungsaufgabe zu beschraenken. Eine solche Koordinierung hatte sich als notwendig herausgestellt, schon bei der oben erwaehnten Differenz zwischen SCHACHT und DARRE und sie wurde weiter deshalb nötig, weil praktisch ein Reichskabinett wegen der Abneigung HITLER's gegen Kabinettssitzungen nicht bestand und nun wenigstens auf dem wirtschaftspolitischen Gebiet ein Ersatz gefunden werden sollte.

Als staendiger Koordinierungsausschuss wurde eine Versammlung von Staatssekretaer oder Ministerialdirektoren angesetzt, die von GOERING den Namen "Generalrat" bekam. Sie tagte unter Vorsitz des Staatssekretaers KOERNER woechentlich und sollte die beteiligten Ressorts mit der Lage auf den benachbarten Gebieten vertraut machen und die Entscheidungen von GOERING vorbereiten.

00004

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-5

Zu diesem Zwecke wurde im "Generalrat" von den Ressorts-Vertretern, Referate ueber die Lage auf ihren Fachgebieten, ihre Plaene und die Notwendigkeiten der Hilfe von anderen Ressorts, gehalten.

Als beteiligte Ressorts waren vertreten: Wirtschaftsministerium, Ernaehrungsministerium, Arbeitsministerium, spaeter das Reichsforstamt, das Verkehrsministerium.

Spaeter wurde, mehr als persoenliche Konzession, das Finanzministerium und gelegentlich das Innenministerium herangezogen und spaeter das Reichsministerium fuer Bewaffnung und Munition.

Von dem Grundsatz, dass die Fachministerien die Verantwortung fuer ihre Fachaufgaben weiter behalten sollten, wurde in einigen Punkten abgewichen. Es wurden einige "Geschaeftsgruppen" gebildet, die mit der Fa. GORRING als beauftragter des Vierjahresplanes ausgeruestet, Sonderaufgaben zu erledigen hatten. Das waren einmal neue Aufgaben, wie das Reichskommissariat fuer die Preisbildung, dessen Stellung sich nach den Erfahrungen mit fruheren Preiskommissaren als notwendig herausgestellt hatte und das "Amt fuer Roh- und Werkstoff", welches keine exekutive Aufgaben hatte, sondern die reine technische Durchfuehrung der Autarkie-Fa- (Planung, Finanzierung, Rohstoffsicherung).

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

00005

ZS-417-6

Bild Erhl.
v. 16.9.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-7
Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV 1948/56

EIDESSTATTLICHE ERKLAERUNG.

Ich, Friedrich GRAMSCH, zur Zeit in Nuernberg, wohnhaft in Celle, Hannoverschestr.35, nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, dass ich mich wegen falscher Aussagen strafbar mache, stelle hiermit unter Eid freiwillig und ohne Zwang folgendes fest:

Der Generalrat des Vierjahresplanes.

1. Entstehungsgeschichte.

Wie ich in meiner Aufzeichnung ueber die Organisation des Vierjahresplans ausgefuehrt habe, wurde fuer den VP kein eigentliches "Ueberministerium" eingerichtet sondern es blieb den Fachressorts im wesentlichen die Exekutive und die Verantwortung ueberlassen. Der VP war eine Koordinierungsstelle, die die Arbeit der Ressorts einheitlich auszurichten hatte.

Nur in begrenztem Umfange wurden eigene Exekutiv-Organe geschaffen, die sich im wesentlichen in die Zustaendigkeitsluecken zwischen den Ressorts einschoben. Und als Steuerungsorgan fuer die fachliche Grundrichtung arbeiteten die Geschaeftsgruppen. Diese Dienststellen des VP erhielten ihrerseits eine verhaeltnismaessig grosse Selbstaendigkeit. Wenn die Grundidee sich aber durchsetzen sollte, bedurfte es einer internen Koordinierung. Zu diesem Zweck wurde eine staendige Konferenz eingerichtet, die den Namen "GENERALRAT" erhielt. Ihm lag es ob, die Masse der kleinen Entscheidungen zu treffen, die groesseren vorzubereiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Geschaeftszweigen auszugleichen.

Der Organisationserlass fuer den VP war Mitte November 1936 gezeichnet. Ende des Jahres trat der Generalrat zum erstenmal zusammen. Er tagte zunaechst woechentlich, spaeter in groesseren Abstaenden.

2. Teilnehmer.

Den Vorsitz fuehrte der Staatssekretaer KOERNER. Mitglieder waren zu Anfang die Geschaeftsgruppenleiter des VP, also: LOEB, WAGNER, BACKE, SYRUP, MANSFELD, KOEHLER, KEPPLER, NEUMANN. Ausserdem war von Anfang an der Staatssekretaer des RWM, damals POSSE, beteiligt. Das Protokoll fuehrte ich, in meiner Abwesenheit Herr MAROTZKE. Der Kreis der Teilnehmer erweiterte sich spaeter um die wichtigsten Sonderbevollmaechtigten (KRAUCH, v.HANNEKEN, SCHELL, DILLGARDT, FELLGIEBEL)

ES-717-8

und die Leiter der neu entstandenen Geschaeftsgruppen (v.JAGWITZ, KLEINMANN, ALPERS). im spaeteren Verlauf wurden, zum Teil aus sachlichen Gruenden, zum Teil auf Grund ihrer persoenlichen Bemuehungen um Zulassung zu den Sitzungen die Staatssekretaere des Innenministeriums (STUCKART), des Finanzministeriums (REINHARDT), der Parteikanzlei (KLOPFER), der Vicepraesident der Reichsbank(PUHL) , der Leiter der handelspolitischen Abteilung des Auswaertigen Amtes (WIEHL) und der Chef des Wi-Rue-Amtes im OKW (THOMAS) zugezogen.

3. Verfahren.

Auf der Tagesordnung standen in regelmaessiger Folge die Arbeitsberichte der einzelnen Dienststellen. Hier wurden die Ergebnisse der abgelaufenen Zeit, die Plaene fuer die Zukunft, die Schwierigkeiten und die Wuensche nach Mitarbeit durch die Nachbargebiete eroertert. Deren Vertreter nahmen in der Sitsung Stellung, sie konnten Gegenvorschlaege machen. In den meisten Faellen gelang es, eine Einigung ueber das weitere Vorgehen zu erzielen, so dass noetigenfalls das Ergebnis GOERING ohne Vorbehalte zur Unterschrift vorgelegt werden konnte. In manchen grundsaetzlichen Fragen mussten Sondervortraege der Beteiligten vorbehalten und vorbereitet werden.

Die Niederschrift enthielt nur die Ergebnisse in zusammengedraengtester Form, gelegentlich wurde als Anlage eine besonders wichtige Aufzeichnung beigegeben. Sie wurde umgedruckt und nach festem Verteiler ausgegeben. Jedes staendige Mitglied erhielt einen Abdruck, ein weiterer ging an das Buero von GOERING. Die Niederschrift war je nach dem Inhalt offen, "gehim" oder "geheime Reichssach". Das letzte wurde allerdings moeglichst vermieden.

Die Niederschrift wurde in der Weise ausgewertet, dass die in der Sitzung gestellten Termine in unserem Buero verfolgt wurden. Durch staendige Erinnerung wurde dafuer gesorgt, dass nichts unter den Tisch fiel.

Wieviel Sitzungen des Generalrates in der vorgesehenen und hier geschildertenWeise abgehalten worden sind, kann ich nicht genau sagen. Die Einrichtung nutzte sich allmaehlich ab und wurde auch durch die Beteiligung von immer mehr Personen unhandlich und unergiebig.

Mein Handaktenstueck, welches eine wohl lueckenlose Sammlung der Niederschriften enthielt, befand sich in einer Aktenkiste, die ich Ende Maerz 1945 im Gebaeude des Oberlandesgerichtes Jena untergestellt habe.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ES-717-9

4. Beteiligung GOERING's.

Urspruenglich hatte GOERING die Absicht geaeussert, an den Generalratssitzungen selber haeufig teilzunehmen. Das ist nach meiner Erinnerung kaum einmal geschehen.

Fuer GOERING war im Organisationsplan des VP der "kleine Ministerrat" vorgesehen, der ein Abbild des Generalrates auf der Ebene der Minister sein sollte. Da aber Kabinettssitzungen nicht beliebt waren und da GOERING auch seine persoenlichen Zu- und Abneigungen nicht unterdruecken konnte, kam es zu einem Zusammentritt dieses kleinen Kabinetts so gut wie gar nicht. Wenn GOERING Sitzungen einberief, so bestimmte er die Teilnehmerliste im wesentlichen selbst. Es wurden Minister und Staatssekretaere, Generaele, Ministerialdirektoren, Maenner des freien Wirtschaftslebens usw. in haeufig unvorhergehbarer Weise zusammengestellt. Das waren dann je nachdem groessere "Sitzungen" oder "Chefbesprechungen" in unserem Sprachgebrauch. War die Teilnehmerzahl gross, so wurde der Verlauf gewoehnlich stenografisch aufgenommen. Die Stenogramme erhielt das Ministerbuero. Im uebrigen machten die Teilnehmer ~~im~~sich selbst Notizen. Ab und zu wurden auch die Ergebnise in unserer Dienststelle zusammengefasst und an die Teilnehmer verteilt.

5. Zusammenfassung.

Die urspruengliche Absicht der Bearbeiter des Organisationserlasses war es, im Generalrat den alleinigen Exekutivausschuss des VP zu schaffen. In der ersten Zeit ist dieses Ziel auch im wesentlichen erreicht worden. Je dynamischer die Entwicklung wurde, je mehr improvisiert werden musste, um die staendig sich aendernden Programmforderungen in die Wirklichkeit umzusetzen oder sie den gegebenen Moeglichkeiten anzupassen, umsomehr wurde auch die, an sich schon lockere, Organisation des Generalrates als buerokratisch und verzoegernd empfunden. Je mehr sich ferner das Ansehen GOERING's verringerte, desto haeufiger ergingen von HITLER unmittelbare Entscheidungen; das Auftauchen neuer Persoenlichkeiten wie TODT, SPEER, SAUCKEL, PLEIGER, SCHIEBER, SAUER, LIEBEL, KEHRL und Einzelverhandlungen GOERING's ueber Sonderfragen, mit deren Ergebnissen die beteiligten Dienststellen vielfach erst nachtraeglich bekannt wurden, sprengten den urspruenglichen Rahmen.

Und wenn auch die Einrichtung selbst nicht foermlich aufgehoben wurde, und wenn sie den Charakter als einzige Zusammenkunft von Sachverstaendigen verschiedener Dienstzweige mit freier Debatte beibehielt, so verlor der Generalrat doch den Charakter eines entscheidenden Gremiums. Er schlief ein, als SPEER

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ts-717-10

(etwa 1943) die Wirtschaftspolitik mehr und mehr allein in die Handnahm.

Ob eine Entscheidung auf den Generalrat zurueckzufuehren ist, muss fuer die spaetere Zeit (von etwa 1940 ab) jeweils von Fall zu Fall untersucht werden. Fuer die ersten Jahre kann man vielleicht eine Vermutung dafuer aufstellen, dass eine bestimmte Massnahme vorher im Generalrat eroertert worden ist.

Ich habe jede der 4 (vier) Seiten dieser Erklaerung unter Eid sorgfaeltig durchgelesen und eigenhaendig gegengezeichnet, habe die notwendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinen Anfangsbuchstaben gegengezeichnet und erklaere hiermit unter Eid, dass ich in dieser Erklaerung nach meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit gesagt habe.

gez.Friedrich GRAMSCH

Sworn to and signed before me this 16th day of September 47 at Palace of Justice Nurnberg, Germany, by Friedrich GRAMSCH, known to me to be the person making the above affidavit.

In Vertretung:

gez.Siegmund KAUFFMANN

Werner LEWALD, Interrogator

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-747-11

Interrog. v 12.11.4

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-717-12

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV 1948156

Vernehmung # 2377

Vernehmung des Dr. Friedrich GRAMSCH,
durch Mr. Siegmund KAUFFMANN
am 17. November 1947 von 1000 - 1045 Uhr
Requested by: Ministries Div. - Econom Div.
(Mr. Fitzpatrick)
Stenographin: Charlotte Grasser.

F. Es erscheint Dr. Friedrich GRAMSCH, geboren am....

A. den 23. Oktober 1894 in Braunsberg/Ostpreussen.

F. Wir haben noch nie zusammen gearbeitet und es ist schon lange her, dass Sie hier unter Eid genommen sind. Ich moechte diese Prozedur heute wiederholen. Stehen Sie bitte auf, erheben Sie die rechte Hand und sprechen Sie mir nach:
Ich schwoere bei Gott dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufuegen werde, so wahr mir Gott helfe.

A. (Dr. GRAMSCH spricht den Eid nach).

F. Herr GRAMSCH, ich moechte gerne von Ihnen wissen im Bezug auf die Verantwortung, welche Stellung Staatssekretaer KOERNER im Vierjahresplan eingenommen hat?

A. Herr KOERNER war der zeichnungsberechtigte Vertreter von GOERING selbst, also die oberste Spitze innerhalb der Hierarchie. Das bedeutet, dass er formell fuer alle Dinge verantwortlich ist, die unterhalb GOERINGs gewesen sind und real muesste man die Dinge untersuchen, um was es sich handelte, ob es ohne KOERNER oder gegen seinen vermutlichen Willen geschehen ist.

F. Nun, wie hat sich die Stellung von KOERNER ausgewirkt, zunaechst mal seine Weisungskraft?

A. Was meinen Sie mit Weisungskraft?

F. Wie hat er sie ausgeuebt? Hat GOERING direkt oder nur unter Zuhilfenahme von KOERNER den Vierjahresplan befohlen?

A. Nein, zu unserm Bedauern war GOERING nicht dazu zu bekommen,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

den sonst ueblichen Ministerialweg zu gehen.

F. Das bedeutet?

A. Alles ueber seinen Vertreter laufen zu lassen. KOERNER hat stark und wurde zum Teil von uns gedraengt,

F. Was heisst von uns?

A. Von NEUMANN oder mir und den anderen Beamten, - bei allen entscheidenden Besprechungen GOERINGs dabei zu sein, um aus erster Hand die Entscheidung zu hoeren oder sie vielleicht auch zu beeinflussen. Aber das hat bei der impulsiven Art von GOERING schon am Anfang nicht immer geklappt und hat spaeter immer weiter nachgelassen.

F. Um auf die Weisungskraft zurueck zu kommen, die Befehlserlassung, ist dieselbe mittelbar oder unmittelbar von GOERING ausgeuebt worden?

A. Auch unmittelbar.

F. In wichtigen Faellen?

A. Wenn es ihm gerade passte. Wenn er auf Reisen war, kam es oft vor, dass er unmittelbare Befehle gab und dass dann irgend jemand im Buero KOERNERs erschien und ihm mitteilte, er waere bei GOERING gewesen und dieser haette den oder jenen Befehl gegeben. Im Laufe der Zeit sank KOERNERs Einfluss auf GOERING und es kamen haeufig Befehle zu Stande, die durch die Adjutantur oder das Stabsamt uebermittelt wurden.

F. War GRITZBACH das Stabsamt?

A. GRITZBACH war das weniger. Diese Geschichte, die ich meine, war GOERNERT. Diese Erscheinung wurde vor allen Dingen waehren des Krieges haeufiger, als GOERING in seinem Hauptquartier sass, wohin KOERNER doch nur relativ selten kam.

F. Nun, Sie haben gerade angedeutet, dass selbst wenn ein Befehl von GOERING direkt zu einem Mitglied des Vierjahresplanes uebertragen wurde, oder ausgegeben wurde, dass KOERNER davon erfahren hat. Hat er es erfahren im Buero oder ueber den Weg des Generalrates? Wie hat KOERNER seine Kontrolle ausgeuebt?

A. Zu Punkt 1. Ich moechte annehmen, dass ~~sie~~ alle wichtige Sachen,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

die unmittelbar von GOERING angeordnet waren, KOERNER durch den betreffenden Herrn gemeldet worden sind. Ich glaube, das ist wohl anzunehmen.

F. Ist das durch persoenliches Gespraech oder durch Telefongespraech geschehen?

A. Beides.

F. Ich meine das in der Hinsicht, KOERNER hat im allgemeinen die Befehle GOERINGs weitergegeben, oder hat indirekt die Wuensche GOERINGs erfahren. Hat KOERNER als Haupt des Vierjahresplanes Kontrolle dahin ausgeuebt, dass diese Befehle und Wuensche GOERINGs ausgefuehrt worden sind?

A. So wie das fruecher im Ministerium uebliche war, war das hier nicht.

F. Wollen Sie damit andeuten, dass man bei der Institution des Vierjahresplanes etwas vorsichtiger hatte umgehen muessen?

A. Im grossen und ganzen wird KOERNER auch gewusst haben und wie die Befehle ausgeuebt worden sind, wird er sicher nachtraeglich erfahren haben.

F. Insbesondere wenn die Ausfuehrung der Befehle auf Schwierigkeiten oder Kompetenzkonflikte stiess.

A. Das war dann KOERNERs Aufgabe zu vermitteln und die anderen zur Mitmachung zu bewegen, oder einen tragbaren Weg zur Durchfuehrung zu finden, eventuell ging er auch nochmal selbst zu GOERING, um besondere Schwierigkeiten vorzutragen.

F. Ist das in persoenlicher Aussprache geschehen, oder im Generalrat?

A. Beides. Wir koennen so sagen, solange der Generalrat fungierte, etwa in den ersten 4 Jahren, bis 1940, ist das weitgehend im Generalrat in den Sitzungen geschehen und damals war KOERNER ja sehr viel mit GOERING zusammen, beinahe taeglich, er wohnte auch im Hause von GOERING. Spaeter ist diese Ausgleichfunktion weitgehend in Einzelbesprechungen ausgeuebt worden.

F. Hat KOERNER die Befehle oder Weisungen von GOERING in diesen Einzelbesprechungen oder in Generalratssitzungen von sich aus,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-15

ich meine GOERINGs Meinung von sich aus interpretiert?

A. Ja zweifellos.

F. In beiden Faellen, persoenlich und im Generalrat?

A. Ja, wobei selbstverstaendlich im Generalrat vor den grossen Planungen das alles diplomatisch formuliert worden ist.

F. Das bedeutet, vor dem Generalrat mag er im Namen unter Nehnung des Namens von GOERING gesprochen haben, selbst wenn es nicht praezise der Fall war.

A. Das nehme ich an. Man kann es schlecht kontrollieren. Ich moechte annehmen, dass er aus seiner Kenntnis der Absichten von GOERING und aus dem Ergebnis seiner Besprechungen mit GOERING gesagt hat, der Reichsmarschall ist so in seiner Ansicht, er will das so und so haben usw.

F. Wie hat er die Befehle von GOERING innerhalb des Vierjahresplanes uebermittelt? Ich meine KOERNER.

A. Teilweise muendlich in den Sitzungen und Besprechungen oder telefonisch, geschrieben ist da, glaube ich, nichts geworden. Es kann auch sein, dass er mal geschrieben hat der Reichsmarschall wuenscht das und das, aber muendlich und telefonisch wird die Hauptsache gewesen sein.

F. Was war die Aufgabe des Generalrates? Es war doch eine zweifache.

A. Ja. Koordinierung war die Hauptaufgabe und Orientierung, vielleicht war es auch umgekehrt.

F. Benuetzen Sie Orientierung fuer Planung?

A. Nein, das ist die Orientierung der einzelnen Mitglieder ueber die Absichten der anderen und Koordinierung entgegengesetzter Ansichten und Ausgleich von Schwierigkeiten. Die Planung wurde ja doch weitgehend von den einzelnen Abteilungen oder Geschaeftsgruppen entworfen und vorgetragen, sei es im Generalrat, sei es bei GOERING und das war weithehend doch einseitig unter dem Gesichtspunkt der Geschaeftsgruppe gesehen. Der Ausgleich erfolgte durch Aussprache im Generalrat unter Fuehrung von KOERNER und die Schwierigkeiten wurden im Generalrat

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-16

auch unter Fuehrung von KOERNER eroertert, moeglichst beseitigt oder ausgeglichen, oder fuer GOERING entscheidungsreif gemacht.

F. Sie sagten, die Planungen wurden in den Geschaeftsgruppen ausgefuehrt, aber die Idee der Planung ist doch nicht in den Geschaeftsgruppen entstanden?

A. Ich will Ihnen mal sagen, wie die Sache lief. Zum Beispiel Geschaeftsgruppe Devisen. Wir machten uns einen Voranschlag ueber die Einnahmen an Devisen und eine Zusammenstellung der Devisenanforderungen aus den einzelnen Ressorts und wenn es nicht zusammenpasste, musste nach einem Weg gesucht werden, um die Einnahmen zu erhoehen oder die Ausgaben mussten beschnitten werden, z.B. bei den gewerblichen Rohstoffen und in der Landwirtschaft. Bei uns wurde zuerst die Landwirtschaft und dann die gewerblichen Rohstoffe bedient. Wenn beispielsweise die Geschaeftsgruppe Ernaehrung erklaerte, dass sie mit den vorgesehenen Mengen nicht zu Rande kam, dann wurde der Ausgleich bei den gewerblichen Rohstoffen gesucht oder es wurde verhandelt, auf welchem Gebiet bei der Einfuhr gekuerzt werden konnte. Also: sowie die Geschaeftsgruppen ihre Auftraege hatten, haben die auf ihrem Gebiet die Planung selbst vorbereitet.

F. Haben die Geschaeftsgruppen ihre eigenen Statistiken gefuehrt? Von woher haben sie ihre Unterlagen bekommen?

A. Vom Statistischen Amt, von den Ministerien, die Geschaeftsgruppe Devisen von der Reichsbank, von den Ueberwachungsstellen.

F. Das Buero des Vierjahresplanes hat als solches nicht in die fundamentale Arbeit der Geschaeftsgruppen eingegriffen?

A. Nein. Der erste Entwurf fuer das naechste Jahr musste von den Geschaeftsgruppen ausgehen. Das ist genau wie bei einer Etataufstellung, jedes Ressort reicht ihre eigene Etataufstellung ein.

F. KOERNER war der Vorsitzende des Generalrates. Hat er den

00014

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-717-17

Generalrat einberufen?

A. Ja, sicher. Wir hatten an sich feste Sitzungstage, ich glaube es war jeden Donnerstag oder jeden Dienstag, aber das weiss ich nicht mehr genau. Anders war es bei den Ressortbesprechungen, die wurden akut einberufen. Ich glaube, die Generalratsitzungen bedurften keiner besonderen Einberufung.

F. Haben Sie keine ausserordentlichen Sitzungen dazwischen gehabt, z.B. ueber dringende Fragen?

A. Kann ich mich nicht entsinnen. Wenn so etwas kam, dann ist es wahrscheinlich in Einzelbesprechungen erledigt worden. Es war schwierig genug, diese festen Sitzungstage einzuhalten. Es kann sein, dass auch mal solche ausserordentliche Sitzungen gewesen sind, sie sind mir nicht besonders in Erinnerung.

F. Sind Sitzungen ohne KOERNERs Vorsitz abgehalten worden?

A. Das habe ich mir auch schon ueberlegt, ich glaube aber nicht. Es kann schon sein, dass eine schon anberaumte Sitzung doch abgehalten wurde, obwohl KOERNER abberufen war oder bestellt war zu GOERING. Ich kann es weder verneinen noch bejahen. Ich glaube aber nicht. Es waere auch rangmaessig etwas schwierig gewesen, weil NEUMANN Ministerialdirigent war und unter Neumann eine Sitzung tagen zu lassen, waere unueblich gewesen.

F. KOERNER hat Kenntnis erlangt entweder durch die direkte Befehlsueberweisung oder indirekt durch spaetere Berichterstattung eines Geschaeftsgruppenleiters oder zuletzt durch Information innerhalb des Generalrates. Nehmen Sie deshalb an, dass KOERNER zumindest von allen wichtigen Dingen die im Vierjahresplan gelaufen sind, Kenntnis hatte?

A. Ja. Ich will so sagen, es kann man mit einem Ja beantworten, bis SPEER auftauchte. SPEER war im Grund nur nominelles Mitglied des Vierjahresplanes und Kraft seiner besonderen Stellung zu HITLER und auch seiner sehr selbstbewussten Persoenlichkeit hat er sich mit KOERNER bei weitem nicht so honoriert, wie die anderen Geschaeftsgruppenleiter . SPEER war praktisch voellig selbstaendig, er war haeufig bei GOERING auch ohne KOERNER.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-18

F. Nun, die Sphaere, die vom Vierjahresplan genommen wurde durch den Erscheinen von SPEER, wurde zum groessten Teil in die Zentrale Planung gebracht?

A. Ja.

F. Und auch hier in der Zentralen Planung war KOERNER eines der wichtigen Mitglieder.

A. Ja. Da kann man sagen, die Zentrale Planung war eine Verbeugung gegenueber GOERING von SPEER. Praktisch hat KOERNER da gegen SPEER kaum etwas Wichtiges durchgesetzt oder durchsetzen koennen.

F. Waren Sie anwesend in Sitzungen der Zentralen Planung?

A. Nur einige Male.

F. Waren das die Arbeitseinsatzsitzungen?

A. Ich habe nur 2 Sitzungen von der Zentralen Planung in Erinnerung. Die eine war eine grosse Ernaehrungssitzung an einem Karfreitag, daran kann ich mich gut erinnern, das wird 1943 gewesen s ein. SPEER kam, glaube ich, 1942. Und die andere Sitzung war eine Arbeitseinsatzsitzung, wo SPEER und SAUCKEL an einander geriaten. Es mag sein, dass ich auch noch an anderen Sitzungen mitgenommen worden bin. Die beiden genannten Sitzungen sind mir in Erinnerung.

F. Wie hat s ich KOERNER auf diesen Sitzungen geaeussert, oder hat er sich ueberhaupt geaeussert?

A. Im wesentlichen hat er sich nicht geaeussert, er war in der Zentralen Planung eben doch ein wenig Statist und von den beiden Mitgliedern ausser SPEER hat nur MILCH zur Sache Stellung genommen. Das kann ich sagen von Sitzungen die ich erlebt habe. Zur Ernaehrungssitzung, da hat KOERNER an der Vorbereitung mitgeholfen, weil BACKE grosse Sorgen hatte, dass durch die SPEERsche Politik die Landwirtschaft zu kurz kommen wuerde, weniger wegen der Arbeitskraefte, als bezueglich des Eisens, Duengemittel und des Verkehrs usw.

F. Hat sich KOERNER in der Zentralen Planung als Beobachter fuer GOERING gefuehlt?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-19

A. Das ist wohl der richtige Ausdruck.

F. Hat er die Ergebnisse und Tendenzen GOERING berichtet?

A. Das nehme ich an. Ich darf vielleicht noch hinzufuegen, ich besinne mich noch auf eine andere Sitzung in der Zentralen Planung, die sich mit der Eisenverteilung beschaeftigte. Da bin ich auch dabei gewesen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-117-20

eid. Erkl. v. 19.11.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-21

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV 1948/50

Vernehmung # 2377 A

Vernehmung des Friedrich G R A M S C H ,
durch Mr. Siegmund KAUFFMANN
am 19. November 1947 von 1545 - 1550 Uhr
Requested by: Econom-Ministries Div.
(Fitzpatrick)
Stenographin: Charlotte Grasser.

F. Es erscheint Herr Friedrich GRAMSCH, geboren am....

A. 23. Oktober 1894 Braunsberg/Ostpreussen.

F. Herr GRAMSCH, ich habe hier eine eidesstattliche Erklaerung ueber die Arbeitsweise des Generalrates und die Stellung von Staatssekretaer KOERNER und dann eine zweite Erklaerung ueber den Vierjahresplan und die besetzten Gebiete, insbesonders Polen, Haupttreuhandstelle Ost und Russland. Wollen Sie die beiden eidesstattlichen Erklaerungen aufmerksam durchlesen und sehen, ob sie der Wahrheit entsprechen und dann unterzeichnen.

A. (Herr GRAMSCH unterzeichnet die beiden Erklaerungen).

F. Herr GRAMSCH, Sie schwoeren, dass dieselben der Wahrheit entsprechen.

A. Ich schwoere es.

F. Ich gegenzeichne nunmehr.

A. Ja.

F. Herr GRAMSCH, ich moechte noch gerne von Ihnen die Geschichte der Protokolle des Generalrates haben, wie weit Sie dieselben mit sich gefuehrt haben und dieselben gelassen haben.

A. Mit mir gefuehrt habe ich dieselben ueberhaupt nicht. Ich nehme an, dass die in der beruehmten Aktenkiste in Jena sind. Die ist von dem jetzigen Oberlandgerichtspraesident an die Praesidialkanzlei Weimar abgegeben worden. Ich habe dorthin geschrieben und wenn ich die Antwort habe, will ich einen Freund bitten, dort hinzusehen. Wenn ich offiziell an die Kanzlei Weimar schreibe, kommt nichts raus. Ich nehme mit

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-22

Sicherheit an, dass meine Handsammlung da drin war, ich fuerchte aber, sie ist auseinander genommen.

F. Ich erwarte Sie dann am 2. Dezember 1947 zurueck. Glauben Sie, dass Sie bis dahin Nachricht ueber diese Sache haben?

A. Ja, ich hoffe. Der Brief ist geschrieben worden am 10. November 1947. Ich wuerde grossen Wert darauf legen, die Antwort bis dahin zu haben.

F. Danke, das ist dann alles.

A. Jawohl.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-23

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV 1948/56

EIDESSTATTLICHE ERKLAERUNG

Ich, Friedrich GRAMSCH, zur Zeit in Nuernberg, wohnhaft in Celle, Hannoverschestr. 35, nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, dass ich mich wegen falscher Aussagen strafbar mache, stelle hiermit unter Eid freiwillig und ohne Zwang folgendes fest :

A. Der Vierjahresplan (VP) und die besetzten Gebiete

I. Die Vorbereitung der Verwaltung zu besetzender Gebiete

Der VP hatte mit der militaerischen Aufruestung insofern zu tun, als die Anforderungen der Wehrmacht zu einem sehr unbequemen Konkurrenten der sonstigen vom VP zu betreuenden Sektoren wurden und der militaerische Sektor sich allmaehlich zum groessten und dringendsten Bedarfstraeger herausbildete.

Die innere Mobilmachungsvorbereitung wurde fuer den Verwaltungssektor im Reichsinnenministerium, fuer den Wirtschaftssektor im Reichswirtschaftsministerium geleitet. Etwa von 1939 ab wurde der VP ueber Stand und Ergebnis der Vorarbeiten in grossen Zuegen unterrichtet.

Die Vorarbeiten fuer die Verwaltung zu besetzender feindlicher Gebiete gehoerten zu den Operationsplaenen und lagen deshalb in den Haenden des Generalstabes des Heeres. Der VP ist im Frieden damit nicht befasst worden. ~~Meines Wissens haben auch unsere Dienststellen keine Kenntnis~~ von Stand und Inhalt der Vorarbeiten gehabt. Sowohl beim Einmarsch in Oesterreich, wie im Sudetenland und Protektorat, Polen usw. wurde die Dienststelle des VP von den Ereignissen ueberrascht. Ob, und inwieweit Staatssekretaer KORNMANN orientiert war, vermag ich nicht zu sagen. ~~Sachliche Arbeit im Sinne des VP wurde immer erst hinterher begonnen.~~

II. VP und Polen

Die vom Generalstab vorbereitete militaerische Verwaltungsorganisation

ZS-717-24

wurde durch die politischen Stellen bald umgestossen, indem nicht nur ein Teil der bisher polnischen Gebiete in das Reich eingegliedert wurden, sondern auch der Rest der militaerischen Funktionen durch die Einrichtung des Generalgouvernements abgebaut und durch neue Dienststellen ersetzt wurde.

Am 12. Oktober 1939 wurde, wohl auf Antrag BORMANNs, dessen VF-Vollmacht auf das Generalgouvernement (GG) ausgedehnt. FRANK wurde zum Vertreter des Beauftragten fuer den Vierjahresplan im GG ernannt. Ausserdem wurde General BURMANN zum "Beauftragten fuer die Rohstofferfassung in den ehemals polnischen Gebieten" ernannt. Er hatte die durch diese Firma ausgedrueckte Aufgabe schon als Beauftragter des OKW durchgefuehrt. Seine Heranziehung zum VF beruhte auf aehnlichen Erwaegungen, aus denen der General von HANSEMANN zum OBSlesien ernannt worden war. Ihm wurde vom VF ein Referent beigegeben, der als Verbindungsmann zwischen der Berliner Dienststelle des VF und BURMANN einerseits, den Militaer, BURMANN und der sich belebenden Verwaltung des GG andererseits fungierte.

Als nach vielen Bemuehungen die Wirtschaftsverwaltung des GG personell einigermassen in Ordnung zu sein schien, wurde der Referent des VF aus Krakau zurueckgezogen (Febr. Maerz 1940) und die Beauftragung BURMANNs fuer die polnischen Gebiete aufgegeben. (April 1940 ?) Die Aufgabe ging auf die Wirtschaftsverwaltung des GG ueber, der ja schon Beauftragter des VF war.

III. HAUPTTREUHANDSTELLE OST (HTO)

Ihre Gruendung geht auf die Beobachtung zurueck, dass nach der ueberraschend schnellen Errichtung der (im allgemeinen konservativ gesinnten und gefuehrten) Militaerverwaltung durch die Reichsstatthalter in den eingegliederten Ostgebieten und durch den GG das Vermoegen des polnischen Staates, das Vermoegen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

gefluechteter Polen, das juedische Vermoegen und auch die Besitztuemer der zurueckgebliebenen Bevoelkerung Gegenstand zahlreicher persoenlicher Bereicherungsversuche und Raeubereien durch amtliche und private Stellen wurde.

Die endgueltige Regelung der vermoegensrechtlichen Fragen durfte nicht durch solche Vorgriffe verbaut werden, die "Beute" gehoerte dem ganzen deutschen Reich und die Kosten des Aufbaues, des Umbaues und Einbaues der polnischen Wirtschaft und Verwaltung mussten durch den Reichshaushalt laufen.

Wer Herrn WINKLER fuer diese Aufgabe vorgeschlagen hat, weiss ich nicht. Soviel ich mich erinnere, erschien er einige Wochen nach Beginn des Feldzuges auf der Dienststelle des VF mit der Mitteilung, dass er beauftragt sei, eine Treuhandverwaltung einzurichten. Im Zuge der Ablosung der militaerischen Befehlsgewalt durch die zivilen Dienststellen (Gauleiter, Statthalter, Oberpraesidenten und den GG) wurde die HTO, auf Grund der Ausdehnung der VF-Vollmacht GOERINGs auf die besetzten polnischen Gebiete, vom Beauftragten fuer den VF eingerichtet und ihm unterstellt. Weil es sich darum handelte, die Auseinandersetzung zwischen zwei Staatsgebilden, zwei Waehrungs- und Zollgebieten durchzufuehren, lag es nahe, die gesamte Aufgabe in einer Hand zu vereinigen und so wurde WINKLER zunaechst auch fuer das Generalgouvernement als zustaendig erklaert. Sehr bald zeigte sich aber, dass WINKLER mit FRANK nicht zusammenarbeiten konnte und es wurde deshalb seine Aufgabe auf das unmittelbare (alte und neue) Reichsgebiet beschraenkt.

Die juristische Formulierung nahm laengere Zeit in Anspruch, ebenso wie der Aufbau der Verwaltung und ihre Einrichtung auf das ungeheure Gebiet. Erst Herbst 1940 konnte die Vermoegensbeschlagnahme-Verordnung erlassen werden, die die treuhaenderische Verwaltung im einzelnen regelte und die Frage der Einziehung und Entschaedigung spaeterer Regelung vorbehielt.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-26

Ausgeschlossen wurde sehr bald nach Beginn der Arbeiten das ganze landwirtschaftliche Vermoegen, das zu verwalten und zu verwerten der Reichsfuehrer SS in seiner Eigenschaft als Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums fuer sich beanspruchte. (Die technische Verwaltung der grosseren Gueter wurde durch eine GmbH des Landwirtschaftsministeriums gefuehrt.)

Die provinziellen Treuhandstellen und ihre Kreisbehoerden unterstanden ursprueglich unmittelbar der HTO, spaeter wurden sie den Reichsstatthalter-Behoerden personell eingegliedert, jedoch verblieb der HTO die sachliche Aufsicht ueber diese Abteilungen und die zentrale Geldverwaltung.

IV. VP und Russland

Der Auftrag zu den Vorbereitungen fuer die Wirtschaftsverwaltung in zu besetzenden Gebieten der Sowjetunion ist der Dienststelle des VP in den ersten Wochen des Jahres 1941 erteilt worden, ich glaube, im Februar.

Schon vor diesem Zeitpunkt waren Besprechungen zwischen General THOMAS und GOERING gewesen, in denen die wirtschaftsorganisatorischen Auswirkungen des "Barbarossa" - Falles erortert worden waren. Die Einrichtung, dass der Oberbefehlshaber des Heeres (ObdH) durch seinen Generalstab - Generalquartiermeister : Genqu -, in einzelnen Teilen Reichskommissare usw. die besetzten Gebiete regierte, und dass erst im Laufe des Krieges GOERING das wirtschaftspolitische Weisungsrecht auch gegenueber den Machthabern ausserhalb der Reichsgrenzen erhielt, war sowohl von GOERING wie auch vom OKW bekaempft. Fuer den Fall eines Krieges mit Russland wurde daher von GOERING und THOMAS eine andere Loesung vorgesehen. Sie bestand darin, dass die Wirtschaftsverwaltung in zu besetzenden Gebieten Russlands sachlich unabhaengig von dem Militaerbefehlshaber unter die oberste Leitung des OKW gestellt werden sollte. Ihm unterstanden disziplinar und personalpolitisch die

ZS-717-27

Wirtschaftskommandos, die Wirtschaftsinspektionen und der zentrale "Wi-Stab Ost". THOMAS wollte ursprunglich auch die fachlichen Weisungen nach allgemeinen Direktiven des VP geben. Das wurde von GOERING aber nicht gebilligt, sondern es wurde als die oberste fachliche Leitstelle innerhalb des VP der "Wirtschaftsfuehrungsstab Ost" eingerichtet, der aus den beteiligten Ministerien zusammengestellt wurde und wie der Generalrat arbeitete. Wie in diesen war Staatssekretaer KOERNER auch hier Vertreter GOERINGs und Vorsitzender. Seine Aufgaben, seine Taetigkeit und sein Einfluss waren (im Innenverhaeltnis) der gleiche, wie ich es in meiner Aufzeichnung ueber den Generalrat geschildert habe.

Eine Abweichung bestand nur darin, dass die entscheidenden Ressorts schon durch militaerisch eingezogene Vertreter ihrer Fachgebiete in dem Exekutivorgan, dem Wi-Stab Ost vertreten waren, so dass zahlreiche Querverbindungen entstanden. Von den Vorbereitungsarbeiten hat Staatssekretaer KOERNER gewusst und hat sich an ihnen im Rahmen seiner Stellung als Vertreter GOERINGs beteiligt. Im Rahmen der Vorbereitungen wurde vom Wi-Stab Ost eine Dienstanweisung entworfen, die als "Gruene Mappe" bezeichnet wird. Sie wurde von GOERING als Beauftragten fuer den VP genehmigt.

Ich habe jede der fuenf (5) Seiten dieser Erklaerung unter Eid sorgfaeltig durchgelesen und eigenhaendig gegengezeichnet, habe die notwendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinen Anfangsbuchstaben gegengezeichnet und erklaere hiermit unter Eid, dass ich in dieser Erklaerung nach meinen besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit gesagt habe.

Friedrich GRIMSCH
Signature of deponent

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-28

Sworn to and signedxxxx before me this day of November, 19th, 1947 at Palace of Justice, Nuremberg, Germany, by Friedrich Gramsch, known to me to be the person making the above affidavit.

Siegmund KAUFMANN

U.S. Civilian ASO # 441018

Office of Chief of Counsel for War Crimes U.S. War Department

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-29

Interrog. v. 2.12.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-30
Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV 1948/56

Vernehmung f 2377 B

Vernehmung des Friedrich GRAMSCH
durch Mr. Siegmund KAUFMANN
am 3.12.47 von 9.30 Uhr bis 10.20 Uhr
Requested by: Economic-Ministries Div. (Mr. Fitzpatrick)
Stenografin: S. Miltzau

1. F. Wann und wo sind Sie geboren ?

A. Am 23.10.94 in Bromberg/Ostpr.

2. F. Herr GRAMSCH, Sie waren im Aufsichtsrat der Continental-Oel-A.-G. ?

A. Ja.

3. F. Was war die Rolle des Herrn KEPPLER in dieser Gesellschaft ?

A. KEPPLER war erster ~~und~~ oder zweiter Vizepraesident des Aufsichtsrates. Er war dorthin gekommen wegen seiner allgemeinen Interessen als fruehserer Wirtschaftsbeauftragter des Fuehrers und er hat sich noch immer fuer solche Fragen interessiert.

4. F. Was heisst, er war hineingeschoben ?

A. Wie man den Aufsichtsrat zusammensetzen sollte und wer da gesagt hat, wir muessen KEPPLER mit hineinnehmen, das weiss ich nicht. Es war im Grunde eine Querverbindung mit der Partei, oder mit den wirtschaftspolitischen Kreisen der Partei.
KEPPLER war ja damals schon Praesident der Reichsanstalt fuer Bodenforschung und insofern war er der Chef der ganzen Oel-Geologen. Er war der Oberste Geologe Deutschlands, wenn er selbst auch kein Geologe war und er hat im Vierjahresplan dieses Arbeitsgebiet "Erforschung deutschen Bodens" gehabt, bis er diese Anstalt bekam.

5. F. Welche Rolle spielte KEPPLER beim Plan einer Errichtung der Conti ?

A. Ich kann mich nicht besinnen, dass er da eine Rolle gespielt hat, eine besondere Rolle jedenfalls nicht.

6. F. Wie war es mit der Idee der Conti ? Als was wurde die Conti gegruendet ?

A. Vorbild der Conti war im Grunde die Anglo-Persian-Oil-Comp., also

ES-717-31

eine Mischung zwischen Regierung und privaten Interessenten. Bei der Frage, wie Oel ausserhalb der Reichsgrenzen zu bewirtschaften sein musste, war man sich daruebar klar, dass man auf Regierungseinfluss nicht verzichten konnte. Soweit die Idee der Organisation in unserem Hause besprochen wurde, wollte man auf jeden Fall ein staatskapitalistisches Unternehmen, wie die Hermann Goering-Werke, vermeiden. Es sollte rein privatwirtschaftlich aufgezogen werden, deswegen diese Mischung der privaten Wirtschaft und der Staatseinfluss sollte so gering wie moeglich gehalten werden. Das war etwas, was KEPPLER nicht liegen konnte, weil er sehr stark staatskapitalistisch eingestellt war. Er machte aber mit, weil fuer ihn das Oel zu interessant war und weil er als Geologe gebraucht wurde. Die Idee der Grundung war, dass man auf die ganzen Fachleute der Oelgesellschaft angewiesen war und ihre fachliche Hilfe und ihr fachliches Interesse nur gewinnen konnte, wenn man sie auch wirtschaftlich an der Sache teilnehmen liess, auch an dem Risiko, damit sie nicht nur die schlechten, sondern auch die guten Leute gaben.

7. F. Nennen Sie den unmittelbaren Anlass zur Errichtung der Conti ?

A. Ich kann nicht genau das Datum sagen, da spielte das russische Oel eine grosse Rolle. Das ist erst hinterher gewesen: Rumaenien, Galizien und Kroatien, das an sich sehr hoffnungsvoll war, ursprunglich.

8. F. Wer hatte das Erdoel innerhalb Deutschlands unter sich ?

A. Das hatte der Wirtschaftsminister unter sich.

9. F. KEPPLER ?

A. Nein.

Ueberhaupt bei allen geologischen Geschichten hat sich KEPPLER kolossal fuer die technische Seite der Geologie interessiert. KEPPLER war der Mann, der die Geophysik eingesetzt und propagiert

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Es-717-32

hatte, das war eine spezielle Idee von KEPPLER.

10. F. Ist das parallel mit Haushofers Geo-Politik ?

A. Nein, das ist Physik, mit praktischem Schlot, ein tektonisches Schlot. Davon hielt KEPPLER sehr viel, auch von Wünschelrutengaenger und allmaehlich hat sich die Geophysik weitgehendst durchgesetzt. Also, an der geologischen Erschliesszung und Feststellung war KEPPLER interessiert und hinterher als Chef der Bodenerforschung hatte er das Oel unter sich genau so wie er alle Erze unter sich hatte, aber wirtschaftspolitisch hatte er damit nichts zu tun.

11. F. Hatte er auch Erdoel-Interessen ausserhalb Deutschlands, ehe er in die Conti kam ?

A. Ja, in Oesterreich - das ist ja durch die Geologen nicht entdeckt, aber entwickelt worden. Das ist ueber das Amt fuer Bodenforschung gegangen. Die das fertiggestellt war, hat er nichts damit zu tun gehabt und ausserhalb der Reichsgrenzen und ausserhalb Oesterreichs haben die Ungarn, Kroaten und auch Rumaenier deutschen, geologischen Rat vielfach angefordert oder aufgenoetigt bekommen. Aber das waren nicht Sachen, die KEPPLER wirtschaftspolitisch zu regieren hatte.

12. F. Wie ich verstehe, war eine Abgrenzung der Interessengebiete zwischen Conti und KEPPLER, d.h. Conti war die Bohngesellschaft fuer alle ausserhalb Deutschlands liegenden Erdoel-Interessen ?

A. Das ist falsch ausgedrueckt, wenn Sie sagen, KEPPLER und Conti-Oel hatte eine Abgrenzung gefunden. Das waren an sich keine Gegensaetze. Die Abgrenzung war zum Beispiel zwischen,gemeinschaftlich staats- und privatwirtschaftlich, Conti-Oel und den einzelnen Gesellschaften selbst, aber da spielte KEPPLER keine Rolle. Das ist mit den deutschen Gesellschaften verabredet worden, dass sie dort, wo sie schon gearbeitet hatten, im Ausland, auch allein bleiben sollten und das war meines Wissens Ungarn, Tschechoslowakei und Kroatien. Mehr weiss ich nicht von Laendern, die wir ausgeschlossen hatten. An sich war die Conti gegruendet, dass politisch alles gemeinsam gemacht werde. Das ist ihm zugesichert worden.

Institut fur Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-33

Spaeter wurde in die Conti-Oel Galizien hereingenommen, wo die deutschen Gesellschaften vorher zwar auch gemeinschaftlich gearbeitet hatten, aber ausserhalb der Conti. Die Firma war damals noch nicht gegruendet, sie wurde erst Maerz 41 gegruendet.

13. F. Welche Taetigkeit hatte KEPPLER in der Conti ?

A. Im Grunde keine, jedenfalls keine hervorstechende. Die Conti wurde praktisch vom Vorstand geleitet und der ganze Aufsichtsrat war nur Kulisse. Es wurden natuerlich laufend Vortraege gehalten, aber eine Sonderttaetigkeit hatte der Aufsichtsrat nicht ausgeuebt.

14. F. Ich habe viele Dokumente, nach denen KEUMANN als 2. Vorsitzender des Aufsichtsrates schon taetig gewesen ist ?

A. KEUMANN war sozusagen das hauptaetige Mitglied des Aufsichtsrates, der mit dem Vorstand laufend Fragen besprach, die auch KEPPLER vorgetragen wurden. Vielleicht koennte man sagen, dass er - obwohl es juristisch nicht stimmt - gearbeitet hat wie ein Delegierter des Aufsichtsrates.

15. F. Inwieweit war die Conti bei der Vorbereitung zum russischen Feldzug und der Ausbeutung der dort liegenden Erdoel-Felder beteiligt ?

A. Im Rahmen der gesamten Vorbereitung hatte die Conti-Oel die Aufgabe, die rasche Ingangsetzung der Felder zu sichern und zu dem Zweck hat sie auch Vorbereitungen mit Bestellungen usw. getroffen.

16. F. Wann sind diese Vorbereitungen getroffen worden ?

A. Bestimmt doch nicht frueher, als unsere Dienststelle selbst mit der Barbarossa-Frage vertraut wurde, das war Februar oder Maerz. Die private Gesellschaft kam natuerlich erst spaeter heran, das mag April gewesen sein.

17. F. War KEPPLER bei der Ausbohrung von Erdoelfeldern von Bedeutung ? Hatte er Einfluss darauf ?

A. Einen offiziellen nicht.

18. F. Von wo haben Sie die Abbrgeraete bezogen ?

A. Von der Industrie, die Conti hat bestellt. KEPPLER war im Grunde auch auf diesem Gebiet der warnende Kritiker, der erklaerte, das hier ist falsch usw., aber er hatte keine Verantwortung dafuer.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

19. F. Kennen Sie den deutschen Oelgeologen BENTZ ?

A. Ja.

20. F. Wo hat er gearbeitet ?

A. Er hatte ja unmittelbar einen Auftrag innerhalb des Vierjahresplans als oberster beratender Geologe fuer Erdoelfragen. Er war eine internationale Kapazitaet auf diesem Gebiet.

21. F. War er unter KEPPLER im Reichsamt fuer Bodenforschung ?

A. Jawohl, er hatte die Abteilung fuer Erdoelgeologie, also, er war Abteilungsleiter.

22. F. War er der Mann, der Bohrungen zu bejahen hatte ?

A. Ja.

23. F. Der Bohrgeraete war Verfuegung gestellt hat ?

A. Das eigentlich nicht. Es konnte an sich theoretisch jede Gesellschaft bohren wo sie wollte. Nur bohrten die Gesellschaften im allgemeinen nicht, wenn sie kein Bohrarbeiten bekamen, in den neuen Feldern, sondern in ihren alten Feldern, soweit sie konnten. Das Reichsbohrarbeiten war eine Erfindung von KEPPLER aus dem Jahre 1933/34. KEPPLER war der Verwalter der Darlehnsmittel, aber technisch ausschlaggebend war natuerlich BENTZ. Wenn er sagte, hier muss gebohrt werden, so wurde das getan. Aber die hatten keine Bohrgeraete zur Verfuegung gestellt.

24. F. War ein Mangel an Bohrgeraeten ?

A. Ja, und das versuchte BENTZ auszugleichen, indem er anordnete, hier wird gebohrt, geht mit den Geraeten dahin, dort ist es erfolgversprechender. Da hat sich dann herausgebildet, dass bei den unerschlossenen Feldern keine Firma allein das Risiko uebernahm, sondern jedes neue Feld wurde in Konsortien bearbeitet. Das eine Feld - meinetwegen - hatten drei Firmen im Konsortium.....

25. F. Aber hatte die Conti Bohrgeraete ?

A. Ja, sicher.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-35

26. F. Woher hat sie die bekommen ?

A. Die hat sie bestellt, aus der Neuproduktion.

27. F Kann man sagen, dass KRPFLER zumindest durch ZENTI Kontrolle ueber Aufschliessungen von neuen Erdoelfeldern, ueber die Bohrarbeiten und ueber die Zuteilung von Bohrgeraeten ausgeuebt hat ?

A. Ja, Aufschliessungen und Bohrarbeiten unbedingt, neue Bohrgeraete moechte ich nicht sagen. Die Firmen an sich arbeiteten in diesen Bezirken, die wir besprochen haben, selbstaendig und da wurden zentral keine Bohrgeraete verteilt. Das kam erst ganz zum Schluss, unter STALIN, wie Bohrgeraete bewirtschaftet wurden. Bezueglich der Conti-Oel, also Russland, Galizien und Ukraine, hatte die Conti-Oel ihre eigenen Bohrgeraete und brauchte keine anderen. Meines Wissens hatte ZENTI einen langfristigen Plan mit den Gesellschaften gemacht, so dass die Bohrgeraete nur auch sinngemass eingesetzt waren.

28. F. Welche tatsaechlichen Vorbereitungen fuer die Ausbeutung der russischen Felder wurden von der Conti getroffen ?

A. Sammlung des verfuegbaren Materials, wissenschaftlichen Materials, oder Veroeffentlichungen, Materialbestellungen - und Materiallager wurden geschaffen. Ferner wurden menschliche Reserven zusammengestellt, indem Fachleute aus den Firmen namhaft gemacht wurden, die dann in eine Mineraloelbrigade zusammengefasst wurden. Tatsaechlich ist es ja zu einer Durchfuehrung des Conti-Oel-Planes in Russland nicht gekommen. Der erste Einsatz war rein militaerischen und die Conti stellte Lager zur Verfuegung und er sollte abgeloest werden spaeter. Aber er kam nicht mehr dazu, weil die Zeit zu kurz war.

29. F. Hatte die Mineraloelbrigade die tatsaechlichen Arbeiter vom Ort und Stelle genommen ?

A. Das nehme ich an, ja. Die gewoehnlichen Arbeiter, ja. Das waren veltgehend Russen, die der schon vorher gemacht

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS-717-36

hatten. Im Kaukasus hat man die Leute bis zum Verarbeiter gefunden, habe ich gehört. Die Ingenieure waren alle weg, teils freiwillig, teils von den Russen weggenommen. Die Leute kamen jedenfalls gern, schon, um zu essen zu haben.

30. F. Haben Sie etwas davon gehört, dass die Leute direkt gezwungen wurden ?

A. Nein, das habe ich nicht gehört, das wäre auch nicht notwendig gewesen. Im allgemeinen hat der Arbeiter doch eine Anhänglichkeit an seinen Betrieb. Nach meiner Auffassung musste man das in solch einem sabotagegefährlichen Betrieb doch vermeiden, mit unfreiwilligen Sklaven zu arbeiten; denn die Oelfelder waren ja so leicht zu zerstören. Mir ist auch gar nicht bekannt, dass seitens der Mineralölbrigade an SAUCKEL furchtbares Geschrei herangetragen wurde; wir brauchen Arbeiter usw.

31. F. Istes zu eigentlichen Bohrungen und Aufschliessungen gekommen ?

A. Ja, im Grunde wurde von der Internationalen Oel-Gesellschaft das Feld in Romny entdeckt. Das Feld in Romny in der Ukraine wurde im ersten Jahr besetzt. Im Kaukasus konnte es sich nur darum handeln, die vorhandenen Bohrungen gangbar zu machen. In Galizien ist eine Menge Gas neu erschlossen worden und die Gasleitungen sind verstärkt worden. Das haben meistgekennist die polnischen Fachmänner gemacht, aus Lemberg. Da ist das Aktenmaterial, glaube ich, sehr gut gewesen. Romny soll ein Feld sein, das jetzt ½ Million Tonnen im Jahr bringt.

32. F. Haben Sie schon etwas ueber die Generalakten gehört ?

A. Nein, ich habe noch keine Antwort. Ich habe an diesen Oberlandesgerichtsrat geschrieben, durch meinen Freund, und habe noch nichts gehört.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Es-717-37
Zeit Gall
v. 5.12.47
Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-717-38

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV 1948/56

Vernehmung # 2377 C

Vernehmung des Friedrich G R A M S C H,
durch Mr. Siegmund KAUFFMANN
am 5. Dezember 1947 von 1530 - 1645 Uhr
Requested by: Econom-Ministries Div.
(Mr. Keden)
Stenographin: Charlotte Grasser.

F. Es erscheint Herr Friedrich GRAMSCH, geboren am....

A. 23. Oktober 1894.

F. Herr GRAMSCH, ich habe hier drei eidesstattliche Erklaerungen, eine ueber die Arbeitsweise des Generalrates, die Stellung von Staatssekretaer KOERNER und eine zweite ueber den Vierjahresplan und die besetzten Gebiete, insbesondere die Vorbereitung der Verwaltung der zu besetzenden Gebiete, Vierjahresplan und Kohle, Haupttreuhandstelle Ost, Vierjahresplan und Russland und eine dritte ueber den Vierjahresplan und Arbeitseinsatz. Wollen Sie dieselben bitte genau durchlesen und sehen, ob sie der Richtigkeit entsprechen.

A. Ja. (Herr GRAMSCH unterzeichnet die drei eidesstattlichen Erklaerungen).

F. Herr GRAMSCH Sie schwoeren, dass die soeben unterzeichneten Erklaerungen der Wahrheit entsprechen, ich gegenzeichne nunmehr.

A. Ja.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-717-39
Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV
1948/56

EIDESSTATTLICHE ERKLAERUNG

Ich, Friedrich GRAMSCH, zur Zeit in Nuernberg, wohnhaft in Celle, Hannoverschestr. 35, nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, dass ich mich wegen falscher Aussagen strafbar mache, stelle hiermit unter Eid freiwillig und ohne Zwang folgendes fest:

A. Die Arbeitsweise des Generalrats

I. Der Generalrat hatte 3 Aufgaben:

1. Die Unterrichtung der einzelnen Geschaeftsgruppenleiter ueber das, was in der ganzen Organisation vor sich ging, vor allem,

   welche Einzelplanungen die Nachbargebiete bearbeiteten

   welche Gedanken GOERING in der einen oder anderen Frage hatte.

   Das Letztere uebermittelte Staatssekretaer KOERNER, der umgekehrt auch durch die Erroerterung die Wuensche und Auffassungen der Geschaeftsgruppen erfuhr und fruehzeitig mit GOERING darueber sprechen konnte.

2. Die Koordinierung der Einzelplanungen, wenn Schwierigkeiten zwischen den einzelnen Arbeitsgebieten entstanden waren.

   Staatssekretaer KOERNER als Vorsitzender versuchte jeweils eine Verstaendigung zu erreichen, was ihm in sehr vielen Faellen, Dank seiner ausgesprochenen Vermittlungsgabe, auch gelang. Dann wurden die Entwuerfe im ueblichen Geschaeftsgange GOERING vorgelegt. Liessen sich die Meinungsverschiedenheiten nicht beheben, so sorgte KOERNER fuer gemeinsamen Vortrag bei GOERING.

3. Die Ueberwachung der Durchfuehrung der GOERING'schen Befehle, was durch die Vortraege und Aussprachen am zwangloseste zu erreichen war.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ES-717-40

zu erreichen war.

II. KOERNER hatte als Vorsitzender eine Schluesselstellung im Generalrat, denn er legte die Tagesordnung fest, konnte zum Teil die Referate auch schon vorher besprechen und konnte durch die Leitung der Verhandlung im wesentlichen erreichen, dass seine Auffassung von der Angelegenheit gebilligt wurde. Dass im Generalrat nicht abgestimmt worden ist, habe ich bereits frueher erwaehnt.

B Die Stellung von Staatssekretaer KOERNER:

I. Wie jeder Staatssekretaer, hatte auch Staatssekretaer KOERNER im Vierjahresplan die Aufgabe,
den Behoerdenbetrieb zu leiten und zu ueberwachen,
den Chef nach innen und aussen zu vertreten,
den Chef zu unterrichten und
die Befehle des Chefs auszufuehren bzw. die Ausfuehrung durch die Behoerde zu ueberwachen.

II. Nicht dem Grunde nach, wohl aber der Art und dem Umfange nach unterschied sich allerdings die Aufgabe KOERNER's im VP von diesen Sachen:

1. Er war derjenige, der die Anweisungen GOERING's den zur Ausfuehrung berufenen Dienststellen uebermittelte, wenn diese Anweisungen ihm gegenueber ausgesprochen waren. Das war haeufig nicht der Fall, weil GOERING es liebte, auch unmittelbare Entscheidungen gegenueber den Beteiligten ohne Einhaltung des formellen Befehlsweges zu treffen. Von allen solchen Entscheidungen wird KOERNER aber nachtraeglich Kenntnis erhalten haben,
entweder durch den Beteiligten selbst, der im Wege des unmittelbaren Vortrags die Anweisung erwirkt hatte,
oder durch GOERING's Adjutantur oder Stabsamt,
oder durch GOERING selbst bei den naechsten Besprechungen.

2. Er hatte die Ausfuehrung der Befehle zu beaufsichtigen. Das

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-41

geschah mit Hilfe der halbmonatlichen Taetigkeitsberichte, die in den ersten Jahren der VP - Arbeit von allen Geschaeftsgruppen zu erstatten waren,
oder durch schriftliche oder muendliche Rueckfragen, die von KOERNER selbst oder seiner Dienststelle gestellt wurden,
oder durch die Eroerterung des Sachgebietes im Generalrat.

3. Er hatte zu beurteilen,
ob die Angelegenheit GOERING vorzutragen sei, oder ob er selbst auf Grund der ihm bekannten Absichten und Ansichten GOERING's die Entscheidung in seinem Namen treffen koenne.

Es gab Dinge, die sich GOERING grundsaetzlich selbst vorbehalten hatte; so hatte er den Generalbevollmaechtigten teilweise das Weisungsrecht gegenueber obersten Reichsbehoerden ausdruecklich nicht delegiert. Dann konnte aber KOERNER es theoretisch ausueben.

4. Zu foerslichen Entscheidungen KOERNER's ist es aber nicht oft gekommen. Je groesser die Vollmacht war, um so weniger durfte sie abgenutzt werden, und es entsprach dem Temperament KOERNER's mehr, vor allem eine Verstaendigung zu versuchen. Gluckte das nicht, so entschied in den meisten Faellen GOERING, der auf diese Weise haufiger zum Zuge gekommen ist, als andere Minister - so lange er ueberhaupt noch mitarbeitete.

III. Von allen wichtigen Dingen, die im VP geschahen, war der Staatssekretaer KOERNER auf diese Weise unterrichtet. Er war auch sonst gut orientiert, wenn auch vielleicht nicht immer so gut, wie er sich den Anschein gab. Er war ja nicht nur Staatssekretaer, sondern auch alter Freund und Vertrauensmann GOERING's. Bis KOERNER (1942/43) bei GOERING an Geltung verlor, sind die beiden Maenner wohl taeglich zusammen gekommen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-42

IV. Als der Hoehepunkt des VP ueberschritten war und SPEER in den Vordergrund trat, wurde KOERNER Mitglied der "Zentralen Planung". Er setzte sich hier besonders fuer die Belange der Ernaehrungs- und Landwirtschaft und des GPChem ein.

Ich habe jede der 4 (vier) Seiten dieser Erklaerung unter Eid sorgfaeltig durchgelesen und eigenhaendig gegengezeichnet, habe die notwendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinen Anfangsbuchstaben gegengezeichnet und erklaere hiermit unter Eid, dass ich in dieser Erklaerung nach meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit gesagt habe.

ges. Friedrich Gramsch

Friedrich GRAMSCH

Signature of deponent

Sworn to and signed before me this 5th day of Dezember 1947 ab Palace of Justice, Nuremberg, Germany, by Friedrich GRAMSCH Known to me to be the person making the above affidavit.

ges. Siegm. Kauffmann

Siegmund KAUFFMANN
US. Civilian AGO # 441015

Office of Chief of Counsel
for War Crimes U.S. War
Department.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-43
Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV 1948/56

EIDESSTATTLICHE ERKLAERUNG

Ich, Friedrich GRAMSCH, zur Zeit in Nuernberg, wohnhaft in Celle, Hannoverschestr.35, nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, dass ich mich wegen falscher Aussagen strafbar mache, stelle hiermit unter Eid freiwillig und ohne Zwang folgendes fest :

A. Der Vierjahresplan (VP) und die besetzten Gebiete

I. Die Vorbereitung der Verwaltung zu besetzender Gebiete

Der VP hatte mit der militaerischen Aufruestung insofern zu tun, als die Anforderungen der Wehrmacht zu einem sehr unbequemen Konkurrenten der sonstigen vom VP zu betreuenden Sektoren wurden und der militaerische Sektor sich allmaehlich zum groessten und dringendsten Bedarfstraeger herausbildete.

Die innere Mobilmachungsvorbereitung wurde fuer den Verwaltungsektor im Reichsinnenministerium, fuer den Wirtschaftssektor im Reichswirtschaftsministerium gel eitet. Etwa von 1939 ab wurde der VP ueber Stand und Ergebnis der Vorarbeiten in grossen Zuegen unterrichtet.

Die Vorarbeiten fuer die Verwaltung zu besetzender feindlicher Gebiete gehoerten zu den Operationsplaenen und lagen deshalb in den Haenden des Generalstabes des Heeres. Der VP ist im Frieden damit nicht befasst worden.

II. VP und Polen

Die vom Generalstab vorbereitete militaerische Verwaltungsorganisation wurde durch die politischen Stellen bald ~~weg, beim~~ umgestossen, indem nicht nur ein Teil der bisher polnischen Gebiete in das Reich eingegliedert wurden, sondern auch der Rest der militaerischen Funktionen durch die Einrichtung des Generalgouvernements abgebaut und durch neue Dienststellen ersetzt wurde.
Am 12. Oktober 1939 wurde, wohl auf Antrag GOERING's, dessen VP-Vollmacht auf das Generalgouvernement (GG) ausgedehnt. FRANK wurde zum Vertreter des Beauftragten fuer den Vierjahresplan im GG ernannt. Ausserdem wurde General BURGMANN zum Beauftragten fuer die Rohstofferfassung in den ehemals polnischen Gebieten ernannt. Er hatte die durch diese Firma ausgedrueckte Aufgabe schon als Beauftragter des OKW durchgefuehrt. Seine Heranziehung zum VP beruhte auf aehnlichen Erwaegungen, aus denen der General von HANNEKEN zum GB-Eisen ernannt worden war. Ihm wurde von VP ein Referent beigegeben, der als Verbindungsmann zwischen der Berliner Dienststelle

00038

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-44

des VP und BUERKMANN einerseits, dem Militaer, BUERKMANN und der sich belebenden Verwaltung des GG andererseits fungierte.

Als nach vielen Bemuehungen die Wirtschaftsverwaltung des GG personell einigermassen in Ordnung zu sein schien, wurde der Referent des VP aus Krakau zurueckgezogen (Februar/Maerz 1940) und die Beauftragung BUERKMANN's fuer die polnischen Gebiete aufgegeben. (April 1940 ?) Die Aufgabe ging auf die Wirtschaftsverwaltung des GG ueber, der ja schon Beauftragter des VP war.

III. Haupttreuhandstelle Ost (HTO)

Ihre Gruendung geht auf die Beobachtung zurueck, dass nach der ueberraschend schnellen Ersetzung der (im allgemeinen konservativ gesinnten und gefuehrten) Militaerverwaltung durch die Reichsstatthalter in den eingegliederten Ostgebieten und durch den GG das Vermoegen des polnischen Staates, das Vermoegen gefluechteter Pol en, das juedische Vermoegen und auch die Besitztuemer der zurueckgebliebenen Bevoelkerung Gegenstand zahlreicher persoenlicher Bereicherungsversuche und Raeubereien durch amtliche und private Stellen wurde.

Die endgueltige Regelung der vermoegensrechtlichen Fragen durfte nicht durch solche Vorgriffe verbaut werden, die "Beute" gehoerte dem ganzen deutschen Reich und die Kosten des Aufbaues, des Umbaues und Einbaues der polnischen Wirtschaft und Verwaltung mussten durch den Reichshaushalt laufen.

Wer Herrn WINKLER fuer diese Aufgabe vorgeschlagen hat, weiss ich nicht. Soviel ich mich erinnere, erschien er einige Wochen nach Beginn des Feldzuges auf der Dienststelle des VP mit der Mitteilung, dass er beauftragt sei, eine Treuhandverwaltung einzurichten. Im Zuge der Ablosung der militaerischen Befehlsgewalt durch die zivilen Dienststellen (Gauleiter, Statthalter, Oberpraesidenten und den GG) - wurde die HTO, auf Grund der Ausdehnung der VP-Vollmacht GOERING's auf die besetzten polnischen Gebiete, vom Beauftragten fuer den VP eingerichtet und ihm unterstellt. Weil es sich darum handelte, die Auseinandersetzung zwischen zwei Staatsgebilden, zwei Waehrungs- und Zollgebieten durchzufuehren, lag es nahe, die gesamte Aufgabe in einer Hand zu vereinigen und so wurde WINKLER zunaechst auch fuer das Generalgouvernement als zustaendig erklaert. Sehr bald zeigte sich aber, dass WINKLER mit FRANK nicht zusammenarbeiten konnte und es wurde deshalb seine Aufgabe auf das unmittelbare (alte und neue) Reichsgebiet beschraenkt.

Die juristische Formulierung nahm laengere Zeit in Anspruch, ebenso wie der Aufbau der Verwaltung und ihre Einuebung auf das ungewohnte Gebiet. Erst Herbst 1940 konnte die Vermoegensbeschlagnahme-Verordnung erlassen werden, die die treu-

00039

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-45

hnen derische Verwaltung im einzelnen regelte und die Frage der Einziehung und Entschaedigung spaeterer Regelung vorbehielt. Ausgeschlossen wurde sehr bald nach Beginn der Arbeiten das ganze landwirtschaftliche Vermoegen, das zu verwalten und zu verwerten der Reichsfuehrer SS in seiner Eigenschaft als Reichskommissar fuer die Festigung Deutschen Volkstums fuer sich beanspruchte. (Die technische Verwaltung der groesseren Guter wurde durch eine GmbH des Landwirtschaftsministeriums gefuehrt).

Die provinziellen Treuhandstellen und ihre Kreisbehoerden unterstanden ursprueng-lich unmittelbar der HTO, spaeter wurden sie den Reichsstatthalter-Behoerden per-sonell eingegliedert, jedoch verblieb der HTO die sachliche Aufsicht ueber diese Abteilungen und die zentrale Geldverwaltung.

IV. VP und Russland

Der Auftrag zu den Vorbereitungen fuer die Wirtschaftsverwaltung in zu besetzenden Gebieten der Sowjetunion ist der Dienststelle des VP in den ersten Wochen des Jahres 1941 erteilt worden, ich glaube, im Februar.

Schon vor diesem Zeitpunkt waren Besprechungen zwischen General THOMAS und GOERING gewesen, in denen die wirtschaftsorganisatorischen Auswirkungen des "Barbarossa" - Falles erroertert worden waren. Die Einrichtung, dass der Oberbefehlshaber des Heeres (ObdH) durch seinen Generalstab - Generalquartiermeister: Gen.Qu. -, in einzelnen Teilen Reichskommissare usw. die besetzten Gebiete regieren, und dass erst im Laufe des Krieges GOERING das wirtschaftspolitische Weisungsrecht auch gegenuebor den Machthabern ausserhalb der Reichsgrenzen erhielt, war sowohl von GOERING wie auch vom OKW bekaempft. Fuer den Fall eines Krieges mit Russland wurde daher von GOERING und THOMAS eine andere Loesung vorgesehen. Sie bestand darin, dass die Wirtschafts-verwaltung in zu besetzenden Gebieten Russlands sachlich unabhaengig von dem Mili-taerbefehlshaber unter die oberste Leitung des OKW gestellt werden sollte. Ihm un-terstanden disziplinar und personalpolitisch die Wirtschaftskommandos, die Wirt-schaftsinspektionen und der zentrale "Wi-Stab Ost". THOMAS wollte ursprueng-lich auch die fachlichen Weisungen nach allgemeinen Direktiven des VP geben. Das wurde von GOERING aber nicht gebilligt, sondern es wurde als die oberste fachliche Leitstelle innerhalb des VP der "Wirtschaftsfuehrungsstab Ost" eingerichtet, der aus den be-teiligten Ministerien zusammengestellt wurde und wie der Generalrat arbeitete. Wie in diesem war Staatssekretaer KOERNER auch hier Vertreter GOERING's und Vorsitzender

00040

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-46

Meine Aufgaben, seine Taetigkeit und sein Einfluss waren der gleiche, wie im Generalrat.

Er legte die Tagesordnung fest, besprach einen Teil der Referate schon vorher und konnte durch die Verhandlungsleitung im wesentlichen erreichen, dass seine Auffassung von der Angelegenheit gebilligt wurde. Abgestimmt wurde nicht. Feerliche Entscheidungen KOERNER's kamen allerdings auch kaum vor. Denn er versuchte vorallem, eine Verstaendigung zwischen den Beteiligten zu erreichen. Wenn das nicht gelang, so musste GOERING entscheiden.

Eine Abweichung bestand nur darin, dass die entscheidenden Ressorts schon durch militaerisch eingezogene Vertreter ihrer Fachgebiete in dem Exekutivorgan, dem Wi-Stab Ost vertreten waren, so dass zahlreiche Querverbindungen entstanden. Von den Vorbereitungsarbeiten hat Staatssekretaer KOERNER gewusst und hat sich an ihnen im Rahmen seiner Stellung als Vertreter GOERING's beteiligt. Im Rahmen der Vorbereitungen wurde vom Wi-Stab Ost eine Dienstanweisung entworfen, die als "Gruene Mappe" bezeichnet wird. Sie wurde von GOERING als Beauftragter fuer den VP genehmigt.

Ich habe jede der 4 Seiten dieser Erklaerung unter Eid sorgfaeltig durchgelesen und eigenhaendig gegengezeichnet, habe die notwendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinen Anfangsbuchstaben gegengezeichnet und erklaere hiermit unter Eid, dass ich in dieser Erklaerung nach meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit gesagt habe.

ges. Friedrich Gramsch

Friedrich GRAMSCH
Signature of deponent

Sworn to and signed before me this 5th day of December ..... 1947 at Palace of Justice, Nuremberg, Germany, by Friedrich GRAMSCH, known to me to be the person making the above affidavit.

ges. Siegm. Kauffmann

Siegmund KAUFFMANN
U.S. Civilian ACO # 441015
Office of Chief of Counsel for
War Crimes U.S. War Department

00041

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Zs-717-47
Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV
1948/56

EIDESSTATTLICHE ERKLAERUNG

Ich, Friedrich GRAMSCH, zur Zeit in Nuernberg, wohnhaft in Celle, Hannoverschestr. 35, nachdem ich darauf aufmerksam gemacht worden bin, dass ich mich wegen falscher Aussagen strafbar mache, stelle hiermit unter Eid freiwillig und ohne Zwang folgendes fest:

Vierjahresplan und Arbeitseinsatz

Wenn der VP seine Aufgaben erfuellen wollte, musste er die Voraussetzungen dafuer sichern. Dazu gehoerte Einfluss auf den Arbeitseinsatz. Zu diesem Zweck wurde eine Geschaeftsgruppe Arbeitseinsatz geschaffen, in der der spaetere Staatssekretaer SYKUP die speziellen Fragen des Arbeitseinsatzes, der Ministerialdirektor MANSFELD diejenigen der Sozialpolitik, vor allem der Lohnpolitik, bearbeitete.

Beide arbeiteten wie die anderen Dienststellen des VP: Sie waren Mitglied des Generalrats, hielten ueber die Entwicklung ihres Fachgebietes regelmaessig Vortrag und erhielten im Generalrat oder durch Staatssekretaer KOERNER als Vertreter GOERING's oder durch dessen Vermittlung durch GOERING selbst die Unterschrift unter die von ihnen ausgearbeiteten Entwuerfe, sowie die Entscheidung ueber sonstige wichtige Fragen.

I. 1936 - 1939

1. Sofort nach Beginn der Arbeiten wurden die Probleme angefasst, die schon vorher die Arbeitseinsatzverwaltung beschaeftigt hatten, aber von ihr, teils aus rechtlichen, teils aus politischen Gruenden nicht hatten geloest werden koennen.

Es handelte sich darum, fuer die durch den VP auszuloesenden Arbeiten quantitativ und qualitativ die noetigen Arbeitskraefte zu beschaffen und ihren dauernden Fluss in die wichtigen Arbeitsplaetze sicher zu stellen, nach der Prioritaetenfolge, die durch den VP festgelegt wurde.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-49

Dabei konnte der bisherige, nicht vom Staate gelenkte Weg nicht beibehalten werden, der letzten Endes in der Abziehung landwirtschaftlicher Arbeiter bestanden hatte. (Die Abwanderung vom Lande hatte in den Jahren nach 1933 den grossten bisher je beobachteten Umfang angenommen).

Es handelte sich also zunaechst um die Versorgung der Metallwirtschaft, (die Grundlage der militaerischen Aufruestung), der Bauwirtschaft und der Baustoffindustrie, darueber hinaus aber um die arbeitsmaessige Sicherung der von der Landwirtschaft geforderten Mehrleistungen.

2. Schon am 7. November 1936 erging eine Reihe von Anordnungen, die sich mit der Vermehrung der Zahl der Metallarbeiter in wichtigen Betrieben und der Facharbeiter im Baugewerbe befassten.

Die Vermehrung von Arbeitern im Metallgewerbe wurde von einer Zustimmung abgemacht, Metall- und Baufacharbeiter wurden aus berufsfremder Beschaeftigung herausgezogen, die Zahl der Lehrstellen zwangsweise vermehrt.

Daneben wurde eine Anzeigepflicht fuer Hoch- und Tiefbauvorhaben eingefuehrt, deren Untergrenze zunaechst nach der Bausumme, spaeter nach der Menge des verwendeten Eisens festgesetzt wurde.

Hieraus entwickelte sich ab 1938 eine allgemeine Baugenehmigungspflicht und eine eingehende Regelung des Baumarkts, fuer die spaeter ein besonderer Generalbevollmaechtigter - erst TODT, dann SPEER - eingesetzt wurde.

Die Anordnungen vom November 1936 beruhten auf den ersten Vorschlaegen, der Geschaeftsgruppe Arbeitseinsatz, die GOERING unmittelbar vorgetragen wurden, da der Generalrat damals noch nicht in Taetigkeit war. Sicherlich hat Staatssekretaer KORNER daran teilgenommen.

3. Die Massnahmen wurden im Laufe der Zeit auf Grund der steigenden Anforderungen nach Beratung im Generalrat oder durch die

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-49

ermaechtigten Fachressorts weiter verfeinert. Waren sie zunaechst erst negativ gehalten (keine Mehreinstellung ohne Anzeige, keine Arbeitsvertragsloesung ohne Genehmigung, kein Baubeginn ohne Anzeige u.ae.) so wurden sie im Jahre 1938 mit Rueecksicht auf die Bedueerfnisse des Westwallbaues und auf Grund de Erfahrungen, die man dort mit wilden Anwerbemethoden und Lohnueberbietungen gemacht hatte, zusammengefasst in der grundsaetzlich wichtigen Einfuehrung der Moeglichkeit einer Dienstverpflichtung (Verordnung vom 22.6.1938, neu gefasst am 13.2.1939) im Zusammenhang mit der Einfuehrung von Hoechstloehnen (Verordnung vom 25.6.1938). Beide Vorschriften schraenkten die Vertragsfreiheit weitgehend ein und brachten, wenn die Dienstverpflichtung auch nur fuer begrenzte Zeit zugelassen war, doch entscheidende Aenderungen fuer das bestehende Sozialsystem. Wegen dieser grundsaetzlichen Bedeutung sind sie lange beraten und wahrscheinlich mit HITLER selbst, jedenfalls aber auch mit den entscheidenden Parteistellen (HESS, LEY) besprochen worden. Die Einzelheiten sind sicherlich im Generalrat eroertert worden.

4. Zur Auffuellung der Luecken in der Landwirtschaft wurde mit den Nachbarstaaten: Litauen, Polen, Ungarn, Jugoslavien, spaeter auch Italien, ueber die Gestellung von Wanderarbeitern verhandelt und die dafuer noetigen Lohntransfer - Moeglichkeiten bereitgestellt.

5. Auf dem besonders wichtigen Gebiet der Kohlenfoerderung genuegte eine quanitative Vermehrung der Arbeitskraefte nicht, daher wurde xxxx durch Verordnung vom 2.3.1939 die Schichtdauer unter Tage um 45 Minuten unter erheblicher Heraufsetzung des Schichtlohns verlaengert.

6. Alle diese Fragen sind im Generalrat unter Vorsitz von Staatssekretaer KOERNER haeufig eroertert, die Grundlagen fuer die Neugestaltung besprochen und die Formulierung der Entwuerfe festgelegt worden. Manche der Massnahmen waren teils dem Grundsatz nach, teils bezueglich ihrer Zweckmaessigkeit in der Fachwelt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-50

lebhaft umstritten, sodass darueber haeufig auch Besprechungen GOERING's mit den beteiligten Kreisen abgehalten wurden.

II. 1939 - 1942

1. Die Regelung des Arbeitseinsatzes wurde mit Kriegsbeginn noch sehr viel bedeutsamer als im Frieden: Einerseits waren in Folge der Einziehungen zum Wehrdienst und durch die Ausweitung der Ruestungsindustrie sehr viel neue Arbeitsplaetze zu besetzen, andererseits war der Einsatz der Kriegsgefangenen zu regeln, die fuer die Ausfuellung der Luecken zur Verfuegung standen. Den Vorrang beim Kriegsgefangeneneinsatz erhielt die Landwirtschaft, von der besondere hohe Leistungen im Kriege erwartet wurden, und die durch die Einziehung einen besonders grossen Teil ihrer Beschaeftigten verloren hatte.

Nach Auffassung der Geschaeftsgruppe Ernaehrung (BACKE) wurden aber weitere Kraefte gebraucht. Mit Rucksicht darauf, dass durch die Wanderarbeit fruehrer Jahre zahlreiche Polen mit den Verhaeltnissen der deutschen Landwirtschaft vertraut geworden waren, forderte BACKE die Bereitstellung von etwa einer Million polnischer Zivilarbeiter. Dieser Vorschlag wurde vom VP gebilligt.

Die Durchfuehrung sollte zunaechst in freiwilliger Werbung geschehen. Und sie ist auch so geschehen, denn erst am 14.7.1940 wurde die Dienstpflichtverordnung auf die eingegliederten Ostgebiete ausgedehnt. Im Generalgouvernement wird FRANK der Bevollmaechtigter im Generalgouvernement war eine gleiche Verordnung erlassen haben, um die Erfuellung ~~in~~ der Forderungen auf Lieferung von Arbeitern zu sichern.

2. Nach Abschluss des Westfeldzuges standen neue Kriegsgefangene aus Frankreich und Belgien zur Verfuegung - die Gefangenen aus Holland, Daenemark und Norwegen waren nach Einstellung der Kampfhandlungen im wesentlichen entlassen worden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Es-717-51

Ueber die Kriegsgefangenen verfuegte das OKW. Es war Aufgabe der Arbeitsamter, der Geschaeftsgruppe Arbeitseinsatz und letzten Endes diejenige von KOERNER und GOERING, vom OKW moeglichst viel und moeglichst schnell Gefangene fuer den zivilen Einsatz heraus zu bekommen. Fuer den technischen Einsatz war die Arbeitsverwaltung zustaendig, die durch die Geschaeftsgruppe und damit durch den VP gesteuert wurde.

Ueber die Aufteilung zwischen Landwirtschaft und Industrie wurde gestritten. Auch der Generalrat ist damit befasst worden. Sicher ist, dass Staatssekretaer KOERNER ueber sonstige Verhandlungen dieser Art unterrichtet war. Er hat sich selbst als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hermann Goering Werke um ausreichende Versorgung dieser Firma mit diesen Arbeitskraeften (Kriegsgefangenen des Westens) bemuht.

3. Die Frage, ob man die Arbeitsplatzluecken in der Kriegsindustrie auch mit auslaendischen zivilen Arbeitern auffuellen solle, oder ob es besser sei, die Westeuropaischen Fabriken mit ihrem Personal in die Wertung einzubeziehen, ist viel eroertert, aber schliesslich dahin beantwortet worden, dass beide Wege einzuschlagen seien. Und so hat 1941, vielleicht auch schon im Herbst 1940, die Anwerbung von Arbeitern in Westeuropa eingesetzt.

4. Bei dem Russlandfeldzug 1941 wurden sehr viele Kriegsgefangene gemacht. Als die anfaenglichen Bedenken HIMMLER's gegen ihre Verwendung in Deutschland ueberwunden waren, wurde festgelegt, dass die an schwere Arbeit gewohnten Russen sowohl der Landwirtschaft wie der Schwerindustrie zuzuweisen seien. Ueber diese Frage wurde im Generalrat verhandelt. Bei diesen Besprechungen war es eine staendige Klage SAUCKEL's, dass durch das herausziehen eingearbeiteter Kraefte immer wieder Luecken in den Bestand bei der Landwirtschaft gerissen wuerden.

In dieser Frage hat sich bei den Generalratsbesprechungen Staatssekretaer KOERNER trotz seiner grundsaetzlich landwirtschaftsfreundlichen Einstellung weitgehend fuer die Wuensche der Indus-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-52

trie, speziell der Ruestungsindustrie eingesetzt.

III. 1942 - 1945

1. Die Kriegsentwicklung fuehrte zu Beginn des Jahres 1942 zu einer Verstaerkung der ruestungswirtschaftlichen Anstrengungen und zu einer Radikalisierung, die mit einschneidenden Personalaenderungen verbunden war: TODT wurde durch SPEER ersetzt, SAUCKEL wurde von HITLER durch Erlass vom 21.3.1942 mit Zustimmung GOERING's zum Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatzes " im Rahmen des VP" ernannt.

2. Einen Monat nach SAUCKEL's Ernennung wurde von GOERING die "Zentrale Planung" ins Leben gerufen, die aus SPEER, MILCH und KOEHLER bestand. Sie erhielt von GOERING alle Vollmachten zur Regelung der Produktion.

3. In der Arbeit der Zentralen Planung mussten die Arbeitseinsatzfragen alsbald eine grosse Rolle spielen und sie haben in der Tat einen wachsenden Raum in den Besprechungen eingenommen. Dabei kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen SPEER und MILCH einerseits, SAUCKEL andererseits. SAUCKEL wurde damit vorgeworfen, nicht mit der genuegenden Rueksichtslosigkeit die berechtigten Arbeitskraefte-Anforderungen der Kriegsindustrie zu befriedigen, er dagegen erklaerte aufgrund seiner Unterlagen diese Anforderungen fuer uebertrieben und unerfuellbar.

SAUCKEL suchte bei GOERING und KOEHLER Hilfe und Verstaendnis fuer seine Auffassung, ohne viel Erfolg zu erzielen.

Unter dem Druck der Produktionsschwierigkeiten verschaerfte SAUCKEL die Vorschriften ueber den Einsatz deutscher Arbeitskraefte, und im Auslande kam es zu den Zwangsaussuebungen, die immer rigoroser durchgefuehrt wurden. Zu diesem Zweck schuf sich SAUCKEL in den besetzten Gebieten eigene, von den

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-53

Reichskommissaren, Militaerbefehlshabern usw. unabhaengige Dienststellen.

4. Innerhalb der Zentralen Planung hatte KOERNER neben SPEER und Milch Sitz und Stimme. Sein Hauptinteresse galt dort der Unterstuetzung der Landwirtschaft und des OKCheW und der Befriedigung ihrer Ansprueche, auch auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes. Ich weiss das aus den ersten Sitzungen der Zentralen Planung, an denen ich teilgenommen habe, und aus spaeteren Unterhaltungen mit KOERNER.

5. Die Vorbereitung der Entscheidungen der Zentralen Planung wurde von dem Planungsamt des Ruestungsministeriums uebernommen, das unter Leitung von KEHRL stand. Er erhielt dadurch einen wesentlichen Einfluss auf die Entschluesse. Bei ihm wurden die Anforderungen zusammengefasst, die Deckungsmoeglichkeiten untersucht, die Prioritaeten vorbereitet. In diesem Rahmen fielen natuerlich bald auch die Fragen des Arbeitseinsatzes, insbesondere die Pruefung der Berechtigung der Anforderungen, die Festsetzung der Ueberweisungstermine, vor allem wenn es sich darum handelte, neue Fabriken in Gang zu setzen, oder in den alten Ersatz fuer Arbeiter zu schaffen, die zum Wehrdienst eingezogen wurden.

Da das Planungsamt ueber das gesamte Material verfuegte, wuchs sein Einfluss staendig, umsomehr, als KEHRL, ein Mann von ausserordentlichem Intellekt und ueberdurchschnittlicher Dialektik, Fleiss und Beherrschung des Materials das besondere Vertrauen SPEER's, aber auch der anderen Mitglieder der Zentralen Planung besass.

Ich habe jede der 7 (sieben) Seiten dieser Erklaerung unter Eid sorgfaeltig durchgelesen und eigenhaendig gegengezeichnet, habe die notwendigen Korrekturen in meiner eigenen Handschrift vorgenommen und mit meinen Anfangsbuchstaben gegengezeichnet und erklaere hiermit unter Eid, dass ich in dieser Erklaerung nach meinem besten

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-717-54

Wissen und Gewissen die reine Wahrheit gesagt habe.

Gg. F. G.

Friedrich GRAMSCH
Signature of deponent

Sworn to and signed before me this ...5.... day of Dezember 1947 at Palace of Justice, Nuremberg, Germany, by Friedrich GRAMSCH known to me to be the person making the above affidavit.

Gg. V. K

Siegmund KAUFFMANN, Interrogator
US. Civilian AGO # 441015

Office of Chief of Counsel for
War Crimes U.S. War Department.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv